

JA ZU SCHENGEN/DUBLIN

An ihrer Delegiertenversammlung haben die 133 Delegierten der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) in Frauenfeld sowohl zu den Abkommen von Schengen und Dublin wie auch zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit die Ja-Parole beschlossen. Weiter haben sie eine Resolution zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz verabschiedet.

VON JOEL BLUNIER

Nationalrat Luzi Stamm (SVP, AG) warb bei den EVP-Delegierten für ein Nein zu Schengen/Dublin. Stamm argumentierte unter anderem, dass die am 5. Juni 2005 zur Abstimmung kommenden Verträge dazu dienen, einen EU-Beitritt der Schweiz zu erleichtern. EVP-Nationalrat Heiner Studer (AG) vertrat hingegen die Meinung, dass mit einer Zustimmung in keiner Weise über einen möglichen Beitritt zur Europäischen Union entschieden würde. Er betonte darüber hinaus die Vorteile der ausgearbeiteten Abkommen. Insbesondere wies er auf deren Effizienz bei der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung hin. Er bezeichnete sie zudem als wirksame Instrumente zur Verminderung des Asylmissbrauchs. Die Delegierten der EVP beschlossen in Folge mit 109 zu 12 Stimmen die Ja-Parole zu Schengen/Dublin.

In der Diskussion um die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten trat Stamm ein weiteres Mal als Contra-Referent an. Der SVP-Politiker und AUNS-Vizepräsident begründete seine Position damit, dass mit dem Freizügigkeitsabkommen beispielsweise die Einwanderung in die Schweiz zunehmen und die Arbeitslosigkeit im Land ansteigen

würde. Für die Ja-Parole plädierte demgegenüber EVP-Nationalrat Ruedi Aeschbacher (ZH). Er argumentierte unter anderem, dass dank der flankierenden Massnahmen ein Lohndumping vermieden werden könnte und fügte an, dass sich ausländische Unternehmer an die arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Schweiz halten müssten und nicht von unfairen Wettbewerbsvorteilen profitieren könnten. Diese Massnahmen sorgen laut Aeschbacher für einen «abgefederten und behutsamen Anpassungsprozess». Die Delegierten fassten in der Folge mit 98 zu 20 Stimmen die Ja-Parole zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens.

Im Anschluss haben die EVP-Delegierten zudem eine Islam-Resolution verabschiedet. Darin nimmt die Partei in sieben Punkten

Stellung zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz. Inhaltlich verweist die Resolution auf die im Christentum verwurzelte Wertordnung und Prägung unserer Landes. Sie betont darüber hinaus die Untastbarkeit der Glaubensfreiheit und fordert eine auf Gegenseitigkeit beruhende Toleranz insbesondere in der bundesrätlichen Aussenpolitik. Des Weiteren nimmt die EVP mit der Islam-Resolution zu aktuellen Diskussionen explizit Stellung. So lehnt sie unter anderem ein generelles Kopftuchverbot ab und fordert christlichen Religionsunterricht auf der Primarschulstufe.

Im statutarischen Teil der DV wählten die Delegierten drei neue Mitglieder in den Zentralvorstand: Susanne Weinmann für die EVP ZH, Urs Fischer für die *jevP und Christian Eckert für die EVP AR.



Die EVP tagte im geschichtsträchtigen Frauenfelder Rathaus

KOMMENTAR

Der Begriff der Toleranz wird im gesellschaftlichen Umfeld positiv gewertet. Er erfreut sich grosser Beliebtheit. Tolerant ist, wer *Leben und leben lassen* zum Motto hat. Die SP spielt in ihrer Abstimmungskampagne für das Partnerschaftsgesetz mit dem genannten Sprichwort und verkündet schwarz auf rot: **Lieben und lieben lassen**. Wer tolerant ist, sagt Ja zum Partnerschaftsgesetz. Nein sagt die EVP dazu. Sie sei intolerant, wird der Partei von Befürwortern des Gesetzes vorgeworfen.

Ein Blick auf den ursprünglichen Wortsinn des Begriffs vermag auf diesen Vorwurf ein anderes Licht zu werfen. Toleranz ist abgeleitet vom lateinischen Verb *tolerare* und bezeichnet im Ursprung das Ertragen von Spannungen, die entstehen, wenn Menschen, Meinungen und Lebensweisen aufeinander treffen. In diesem Sinne ist die EVP im aktuellen Abstimmungskampf darum bemüht, tolerant zu sein. So setzt sie sich traditionsgemäss für Menschen ein, die über keine Lobby verfügen. In diesem Fall sind das all jene, die das Partnerschaftsgesetz für unnötig befänden und sich von niemandem sonst vertreten fühlen. Die EVP verschafft ihrem Standpunkt eine Stimme im politischen Diskurs.

Leider begegnet man dem diesbezüglichen Engagement unserer Partei nicht mit einem allzu grossen Ausmass an Toleranz. Warum eigentlich nicht? Tolerant sein ist doch in.

Joel Blunier, Generalsekretär EVP

Eng und lieblos?

«So eng und lieblos» sei sie geworden, die EVP-Politik, schreibt mir jemand mit Blick auf einige unserer letzten Abstimmungsparolen. Lieblos, eng? Wirklich?

Partnerschaftsgesetz: Nicht aus Lieblosigkeit sagt die EVP nein. Sondern aus Sorge, dass falsche Signale gegeben, falsche Prioritäten gesetzt würden. Denn nicht die gleichgeschlechtlichen Paare, sondern allein Ehe und Familie sichern die Zukunft unserer Gesellschaft, geben Leben weiter und garantieren ein optimales Heranwachsen der nächsten Generation. Darum verdienen nur sie weiterhin die bisherigen besonderen Absicherungen und Privilegien des Gesetzes. Dies ist nicht ein liebloses Nein zu gleichgeschlechtlich Fühlenden, die auch ohne Gesetz und Richter in der heutigen toleranten Gesellschaft ihre Beziehungen und Gefühle frei leben und gestalten können. Es ist aber eine Absage an ein sachlich falsches und unnötiges Gesetz.

Auch die Forschung mit embryonalen Stammzellen lehnte die EVP ab. Nicht aus rückwärtsgewandter Forschungsfeindlichkeit, sondern aus Respekt und Ehrfurcht vor dem werdenden Leben, das bei dieser Forschung zerstört wird. Gleich begründet war auch das EVP-Nein zur straflosen Abtreibung.

Die drei Beispiele zeigen: So progressiv die EVP in Umwelt-, Verkehrs- oder in sozialen Fragen ist, so konservativ, also «bewahrend», entscheidet sie oft in gesellschaftlichen und ethischen Fragen. Dort eben, wo es um Werte geht. Werte, die sich zum Teil über Jahrtausende bewährt haben. Bewahrendes und schützendes Nein-Sagen – auch wenn uns dabei der Zeitgeist manchmal ins Gesicht bläst – empfinde ich weder als eng, noch als lieblos, sondern vielmehr als Verpflichtung gegenüber unserem gemeinsamen Fundament.



Ruedi Aeschbacher
Zentralpräsident EVP

- 5. Juni 2005 Volksabstimmung
- 18. Juni 2005 EVP der Schweiz, Bern Zentralvorstand
- 20. August 2005 EVP der Schweiz, Lyss Delegiertenversammlung Abgesagt
- 27. August 2005 *jevп der Schweiz, Ort offen Mitgliederversammlung
- 17. September 2005 EVP der Schweiz, Olten Bettagskonferenz
- 25. September 2005 Volksabstimmung

PAROLEN

Am 8. Januar in Olten und am 30. April in Frauenfeld wurden von den Delegiertenversammlungen der EVP der Schweiz folgende Parolen gefasst:

Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz) **NEIN**

Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin **JA**

Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die neuen EG-Mitgliedstaaten sowie die Genehmigung der Revision der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit **JA**

INHALT

Engagiert katholisch in der EVP: Markus und Mechthild Neurohr **3**

Abstimmungsvorlagen: Schengen/Dublin und das Partnerschaftsgesetz **4**

StopArmut 2015: Die weltweite Armut halbieren **5**

Der Güggel bleibt: Neues Corporate Design der EVP **6**

Aus den Kantonen: Wahlen in den Kantonen Aargau und Solothurn **7**

POLITIK FÜR DIE FAMILIE

Markus und Mechthild Neurohr leben und arbeiten in Zürich. Er ist Lehrer an der Freien Katholischen Schule. Sie arbeitet als Sakristanin in ihrer Kirchgemeinde mit. Zusammen haben Neurohrs sieben Kinder und ein besonderes Anliegen für die Familienpolitik.



SIBYLLE SCHLATTER

Haben gemeinsam sieben Kinder: Mechthild und Markus Neurohr.

VON SIBYLLE SCHLATTER

Herr und Frau Neurohr, Sie sind kürzlich der EVP beigetreten. Wie ist es dazu gekommen?

Mechthild Neurohr: Wir haben gemerkt, dass die EVP mit ihrer Ausrichtung unseren Einstellungen und Wertvorstellungen am nächsten kommt. Wichtig ist uns, dass das Evangelium auch in der Politik die Grundlage bildet, wie es bei der EVP der Fall ist. Dass wir als Katholiken in dieser Partei einer konfessionellen Minderheit angehören, hat unseren Entscheid in keiner Weise beeinflusst. Wir haben ohnehin sehr viel Kontakt mit Menschen aus verschiedenen Kirchen – zum Beispiel bei den regelmässigen Gebetstreffen, die in unserem Quartier stattfinden. Das ist auch ein Ausdruck gelebter Ökumene.

Erleben Sie das Zusammensein mit Menschen unterschiedlicher konfessioneller Herkunft manchmal auch als eine Herausforderung?

Markus Neurohr: Unsere gemeinsame Grundlage ist das Evangelium

und nicht die Konfession. Jesus verwendet in der Bibel das Bild des Körpers und bittet darum, dass die einzelnen Glieder eins werden mögen. Nun hat jede Kirchgemeinde ihre Eigenart und ihren Charakter, die ihren Dienst im Leib Christi prägen und bestimmen. Es ist wichtig, dass wir einander in unserer Verschiedenheit annehmen. Nur wenn wir auf das Verbindende schauen statt auf die Unterschiede, können wir in Christus zusammen geführt werden. Ich bin überzeugt, dass nur auf dem Fundament des Evangeliums eine gegenseitige Annäherung möglich ist. Umso mehr freue ich mich, in der Schweiz einen grossen Einigungsprozess unter verschiedenen Kirchen beobachten zu können.

Sie sind beide beruflich mit der Kirche verbunden. Frau Neurohr, was macht eine Sakristanin?

Mechthild Neurohr: Als Sakristanin ist es meine Aufgabe, den Gottesdienstraum jeweils so zu gestalten, dass es den Menschen, welche die Kirche aufsuchen, hilft, dem Geheimnis Gottes näher zu kommen. Ich bin verantwortlich für das

Funktionieren und Bereitstellen der Infrastruktur, die es für einen Gottesdienst braucht. Dabei ist es mir wichtig, nahe bei den Menschen zu sein. Ich mache dies alles sehr gerne und kann es jetzt, da unsere sieben Kinder schon älter sind, auch gut mit meiner Aufgabe als Mutter und Hausfrau vereinbaren.

Herr Neurohr, Sie sind Lehrer an der Freien Katholischen Schule Zürich.

Markus Neurohr: Ja, ich unterrichte dort unter anderem Religion. Zwei Stunden Religionsunterricht wöchentlich sind an unserer Schule für jede Klasse Pflicht. Damit geben wir unserer Werthaltung deutlichen Ausdruck. Wenn Eltern ihre Kinder in eine katholische Privatschule wie die unsrige schicken, weist dies auf ihren Wunsch nach einer wertbezogenen Erziehung hin. Als Lehrer kann ich so vor meinen Schülern zu meinen persönlichen Einstellungen stehen und diese auch in den Unterricht einfliessen lassen. Lehrbeauftragte an öffentlichen Schulen können das nur sehr viel weniger.

Sie beide betonen den Wert der Ehe beziehungsweise der Familie stark.

Markus Neurohr: Ich bin der Meinung, dass die Ehe als staatlicher Vertrag und als Bund mit Gott geschützt werden muss, denn in ihr liegt ein grosses Geheimnis. Um dieses zu wahren, brauchen wir Gott als dritten im Bund. Wir müssen aber auch selber an unseren Be-

ziehungen arbeiten. Die Schweiz ist in dieser Hinsicht ein Entwicklungsland. Die Ehe wird als Privatsache und nicht als gesellschaftliches Anliegen betrachtet. So vernachlässigen auch die Kirchen häufig den Aspekt der Beziehungsarbeit. Man könnte beispielsweise Frühstückstreffen für Ehepaare organisieren. Das hätte positive Auswirkungen, auch auf die Kinder. Diese wünschen sich nämlich, dass ihre Eltern beisammen bleiben.

Inwiefern beeinflussen diese Wertvorstellungen Ihre politischen Ansichten und Ihr politisches Engagement?

Mechthild Neurohr: In unserer Familie bin ich für die «Innenpolitik» und mein Mann für die «Aussenpolitik» zuständig. So nehme ich in meiner Rolle als Mutter häufig Dinge wahr, die für unsere Kinder eine Gefahr darstellen könnten. Ein Beispiel dafür ist die aggressive Werbung für Tabak oder Alkohol. Darüber spreche ich mit meinem Mann, worauf er versucht, konkret etwas dagegen zu unternehmen. So hat er beispielsweise einmal eine Elternvereinigung ins Leben gerufen oder die Elternkonferenz der Stadt Zürich initiiert.

Markus Neurohr: Leider gelten Kinder heute bei uns als Armutsrisiko. Das ist ein Ausdruck des Egoismus, der unsere Gesellschaft beherrscht. Es ist Aufgabe des Staates, einen schützenden Rahmen zu bieten, damit Leben wachsen kann. Er könnte dieser Aufgabe beispielsweise nachkommen, indem er die Erziehungsarbeit von Müttern und Vätern bezahlen und somit aufwerten würde. Zu diesem Zweck hätte man die nicht mehr benötigten Goldreserven der Nationalbank zukunftsorientierter verwenden können.

Markus und Mechthild Neurohr

Alter: 53 und 50 Jahre
 Kinder: sieben Kinder zwischen 14 und 25 Jahren
 Beruf: Er ist Lehrer an der Freien Katholischen Schule Zürich, sie ist Sakristanin der Kirche Heilig Kreuz in Zürich Altstetten.
 Kirche: Römisch-Katholische Kirche
 Hobbies: Musik, Blumen, Garten

Zum menschlichen Leben gehört das Fragen. Doch es gibt Fragen, die quer zum öffentlichen Bewusstsein liegen, und darum als «immer schon» beantwortet gelten. Diesen nachzuspüren heisst an die Gründungsmythen einer Gesellschaftsordnung zu rühren.



Dazu ist die folgende Frage gut geeignet: «Was haben Gott und die Bibel heute noch in Gesellschaft und Politik verloren?» David Tracy, Theologe aus Chicago, spricht den modernen Konsens aus: «Religion ist ein privates Konsumgut, das gewisse Menschen zu brauchen scheinen. Ihre frühere gesellschaftliche Rolle war tödlich. Ihre gegenwärtige Privatisierung macht sie harmlos genug, um ihr aus einer zivilisierten Distanz wohlgesinnt zu sein.»

Das ist die Geburtsstunde der Ethik und der christlichen Werte – die einstmals «thätige Liebe», «sittliche Tugend» oder «Moral» hiessen. Sie sind «gereinigt» von Dogma, Bekenntnis und metaphysischer Spekulation. Sie transportieren scheinbar keine «konfessionellen Sonderinteressen», die nur zu Neid und Zank führen. Sie sind Ausdruck der universalen menschlichen Vernunft.

Und hier drängt sich schon die nächste Frage auf: Wenn die Politik die Ethik braucht, braucht dann die Ethik die Religion? Und wie reduziert muss denn eine Ethik sein, um Anspruch auf allgemeine Verträglichkeit stellen zu können? Vielleicht ist die Zeit gekommen, da wir die vergebliche Suche nach einem kleinsten gemeinsamen «neutralen» Nenner des gesellschaftlichen Zusammenlebens aufgeben und den Blickwinkel umkehren. Dann könnten Christen den Glauben vielleicht wieder als integrale Weltanschauung und Quelle aller Bildung und Kultur entdecken. Vielleicht.

Johannes Corrodi
Religionsphilosoph

VERBESSERTE SICHERHEIT

Die EVP stimmt dem Vertragswerk Schengen/Dublin zu, weil die dadurch verstärkte internationale Zusammenarbeit für mehr Sicherheit und Effizienz sorgt.

VON HEINER STUDER,
NATIONALRAT

Nach der deutlichen Annahme der Bilateralen I war für die EVP unbestritten, dass der bilaterale Weg weiterzuführen ist. Nun liegen die Bilateralen Abkommen II vor, die nach Ansicht der drei Nationalräte der EVP alle klar die Genehmigung verdienen. Da lediglich gegen das Abkommen Schengen/Dublin das Referendum ergriffen wurde, ist nur darüber zu entscheiden.

Verstärkte Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung

Mit Schengen sollen zum einen die systematischen Personenkontrollen zwischen den Vertragsstaaten abgeschafft, zum andern die Sicherheit der Bevölkerung verbessert werden. Diese Ziele werden angestrebt durch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit von Polizei und Justiz sowie strengere Kontrollen an den Aussengrenzen des Schengen-Raums. Der Vertrag regelt zudem die Erteilung von Einreisevisa für Kurzaufenthalte.

Mit Schengen erhält die Schweiz uneingeschränkten Zugang zur Datenbank des Schengener Informationssystems. Dies bedeutet ununterbrochenen Online-Zugang zu über elf Millionen Datensätzen bezüglich vermisster Personen, gesuchter Schwerverbrecher und gestohlener Fahrzeuge, Waffen oder Ausweise. Informationen also, die von Polizei und Grenzschutz dringend benötigt werden. Bei Verbrechen und Straftaten, welche in der Schweiz begangen werden, kann die Schweizer Polizei dank Schengen innert Minuten verdächtige Personen oder gestohlene Sachen europaweit ausschreiben. Dieses Fahndungssystem ist ein unverzichtbares Instrument im Einsatz gegen grenzüberschreitende Verbrechen, wie Menschen-, Drogen- und Waffenhandel. Für die Bewoh-

nerinnen und Bewohner unseres Landes wird sich nach der Annahme des Vertragswerkes in der Praxis kaum etwas ändern, weil die Schweiz nicht Mitglied der Zollunion ist. Von den täglich rund 700 000 Grenzüberschreitungen werden heute etwa zwei bis drei Prozent kontrolliert.

Faire Asylverfahren

Das Vertragswerk von Dublin ist ein wirksames Instrument für die Koordination der Asylpolitik und zur Verminderung des Asylmissbrauchs. Wesentlichste Neuerung ist, dass Asylsuchende nur in einem Staat des Dubliner Raumes ein Aufnahmegesuch stellen können: in jenem Staat, in den sie als erstes eingereist sind oder in dem Familienangehörige leben. Die im Jahr 2003

in Betrieb genommene Fingerabdruck-Datenbank EURODAC von Asylsuchenden und illegal Eingereisten ermöglicht eine Überprüfung innert Minuten.

Souveränität gewährleistet

Alle 15 EU-Staaten vor der Erweiterung sowie Norwegen und Island sind Mitglied sowohl von Schengen wie von Dublin. Mit einem Beitritt dürfte die Schweiz jährlich Kosten von rund 100 Millionen Franken einsparen. Die Entscheidung über einen möglichen Beitritt zur Europäischen Union würde damit in keiner Weise vorgegriffen. Die drei Nationalräte der EVP lehnen den Vollbeitritt zur EU ab, sind jedoch überzeugt, dass die Weiterführung des bilateralen Wegs uns und unseren Partnern dient.

PARTNERSCHAFTSGESETZ

FALSCHER PRIORITÄTEN

Die EVP lehnt das Partnerschaftsgesetz ab. Nun gilt es, einen erfolgreichen Abstimmungskampf zu führen!

VON NIKLAUS HARI

Die EVP der Schweiz hat bereits an der DV vom 8. Januar in Olten die Nein-Parole zum Partnerschaftsgesetz gefasst. Sie lehnt das Gesetz aus den folgenden Gründen ab: Die Schaffung eines neuen Zivilstandes ist erstens nicht nötig. Gleichgeschlechtliche Paare können ihre berechtigten Anliegen bereits heute notariell regeln. Sie ist zweitens gesellschaftspolitisch nicht richtig: Es ist nicht gerechtfertigt, andere Lebensformen gleichberechtigt neben die Ehe zu stellen. Das Gesetz privilegiert diese keineswegs wegen der Liebesbeziehung. Sondern ganz unromantisch wegen ihrem Auftrag, die nächste Generation heranzuziehen. Dies soll gleichgeschlechtlichen

Paaren auch in Zukunft verwehrt bleiben: um einer allfälligen Salamtaktik der schwul-lesbischen Organisationen einen Riegel zu schieben, lehnen wir das Gesetz schon heute ab. Die Tatsache, dass bereits existierende Formen der Registrierung nur von sehr wenigen Paaren genutzt werden, zeigt, dass das Gesetz von der Gegenseite nicht aufgrund einer realen Not, sondern nur um der prinzipiellen Gleichstellung mit der Ehe willen befürwortet wird.

Helfen Sie uns, einen erfolgreichen Abstimmungskampf gegen diese falsche Prioritätensetzung zu führen! Bestellen und verteilen Sie Flyer mit obenstehender Argumentation, schreiben Sie einen Leserbrief oder unterstützen Sie uns finanziell mit einer Spende auf das Postcheckkonto 80-38232-2.

DIE ARMUT HALBIEREN

Weltweit setzen sich Christen und Christinnen in Kirchen und Hilfswerken für die Halbierung der weltweiten Armut bis im Jahr 2015 ein. In der Schweiz heisst die Kampagne StopArmut 2015.

VON MARKUS MEURY

Noch immer sterben weltweit jeden Tag 30 000 Kinder an den Folgen der Armut. Deshalb haben im Jahr 2000 Regierungschefs aus 189 Ländern eine Erklärung unterschrieben, wonach sie die Armut in der Welt mittels der 8 Millenniums-Entwicklungsziele bis im Jahr 2015 halbieren wollen. Auch wenn dieses Ziel wohl nicht ganz erreicht werden wird, so werden heute doch in aller Welt ansehnliche Anstrengungen unternommen, um das Überleben der Ärmsten zu sichern. Inzwischen ist sogar das WEF auf diesen Zug aufgesprungen. Und im September 2005 werden die Regierungen am ersten von drei Nach-Gipfeln darüber Rechenschaft ablegen müssen, was sie bisher geleistet haben. Die Augen der Öffentlichkeit sind also auf das Thema gerichtet, der Zeitpunkt zum Engagement ist perfekt!

Gemeinsame, weltweite Initiative christlicher Hilfswerke

Die weltweite Evangelische Allianz hat erkannt, dass wir Christen da nicht länger abseits stehen dürfen und diese historische Gelegenheit ebenfalls nutzen sollten. Zusammen mit dem Micah Network, dem Zusammenschluss der evangelischen Hilfswerke, hat sie deshalb die Micah Challenge-Kampagne ins Leben gerufen. Mit dieser Kampagne sollen Christen in aller Welt zum Kampf gegen die Armut aufgerufen und auch geschult werden.

StopArmut2015 ist die schweizerische Version der Micah Challenge-Kampagne. Hierzulande wird sie vor allem von der Schweizerischen Evangelischen Allianz (SEA) getragen und von Tear Fund Schweiz koordiniert. Die Kampagne will die folgenden Ziele erreichen:

- das Wissen und Bewusstsein der Christen und Christinnen um die Armut fördern,



Aids, Hunger, keine Perspektiven. Halbieren wir die Armut bis 2015!

- den Christen und Christinnen aufzeigen, was sie gegen die Armut tun können,
- den Kirchgemeinden Ideen liefern, wie sie sich engagieren können,
- schliesslich die schweizerischen Behörden daran erinnern, dass auch sie die Millenniumsziele unterschrieben haben.

StopArmut2015 ist also kein neues Hilfswerk, sondern ein Katalysator, der ein Mehrfaches an neuen Initiativen im Dienste an den Armen hervorbringen kann. Ein guter Teil der Kampagne ist bereits aufgegleist, einige Elemente werden in diesem Jahr hinzukommen. Insbesondere wird ein sowohl für Einzelne wie auch für Kirchen zugängliches Kompetenzzentrum für Armutsbekämpfung eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang werden wir den StopArmut-Preis verleihen: dieser Projektwettbewerb wird die besten Armutsbekämpfungsprojekte der Kirchen im Umfeld der SEA prämiieren. Die Lancierung des Wettbewerbs folgt in Kürze. Weitere Infos zur Kampagne, die aktuellen

Events und die Möglichkeiten zum Mitmachen finden sich auf der Website www.stoparmut.ch. Dort können Sie auch den Micah-Aufruf der Evangelischen Allianz unterschreiben. So werden Sie Teil der Kampagne und werden auf dem Laufenden gehalten.

Politischer Druck notwendig

Je mehr Menschen weltweit diesen Aufruf unterschreiben, desto mehr Gewicht erhält die Kampagne auf der politischen Seite. Etlicher Druck ist nötig, damit die Regierungen ihre Versprechen einhalten. Dies betrifft auch die Schweiz, die nach dem UNO-Beitritt die Millenniumsziele ebenfalls unterschrieben hat. Denn die Schweiz steuert bisher nur die Hälfte der versprochenen 0.7 Prozent des Bruttosozialproduktes an die Entwicklungshilfe bei und selbst dieser Betrag wird durch die aktuellen Sparwellen des Bundes noch verringert. Umgekehrt entgehen den Ländern des Südens durch die Steuerflucht auf Schweizer Banken jährlich fünf Milliarden Dollar, also das Fünffache der öffentlichen Schweizer Entwicklungshilfe. Gleichzeitig fliessen heute ebenfalls mehr Schuldzinsen aus den Ländern des Südens in unser Land als Schweizer Entwicklungshilfe in den Süden. Die Beziehungen der Schweiz zum Süden sind für uns also eine Goldgrube, die Entwicklungshilfe im Vergleich dazu nur ein Pflasterchen. Wollen wir die weltweite Armut verringern, ist es also auch auf politischer Ebene höchste Zeit zum Handeln, auch wenn es uns etwas kostet.

Deshalb unterstützen auch die EVP-Nationalräte Heiner Studer und Walter Donzé offiziell die Kampagne StopArmut 2015. Machen Sie auch mit!

Markus Meury ist Koordinator der Kampagne StopArmut 2015 bei Tear Fund Schweiz.

Wertediskussion anstossen

EVP-Nationalrat Walter Donzé (BE) ersucht den Bundesrat in einem Postulat, eine Reihe von Werten zu definieren, «die unserer Gesellschaft Sinn, Zusammenhalt und Zukunftsperspektiven gewähren.» Über diese Werte soll anschliessend eine breite öffentliche Diskussion stattfinden.

Auto ohne Ausweis?

In einer Interpellation fragt Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) den Bundesrat an, ob er gewillt sei, die Ausnahmeregelungen aufzuheben, nach denen eine Person, welcher der Führerausweis entzogen worden ist, dennoch ein Motorfahrzeug lenken darf: meist handelt es sich dabei um einen Kleinwagen, dessen Höchstgeschwindigkeit auf 45 km/h begrenzt worden ist.

Rauchfreie Räume

In einer Anfrage fragt Ruedi Aeschbacher den Bundesrat an, welche Möglichkeiten er angesichts der Entwicklungen in unseren Nachbarländern Frankreich und Italien sieht, auf Bundesebene zu mehr rauchfreien Räumen in der Schweiz beizutragen.

Alte Verkehrssünder

Eine zweite Anfrage widmet Ruedi Aeschbacher der Problematik, dass die Strafregister einträge einer Person nach ihrem 80. Lebensjahr gelöscht werden. Im Zusammenhang mit der gestiegenen Lebenserwartung und Verstössen gegen das Strassenverkehrsgesetz müsse eine Anhebung dieser Grenze in Betracht gezogen werden: verursacht ein über 80-jähriger Lenker einen Unfall liegen sonst keine Informationen über frühere Verstösse im Strassenverkehr mehr vor.

DER GÜGGEL BLEIBT

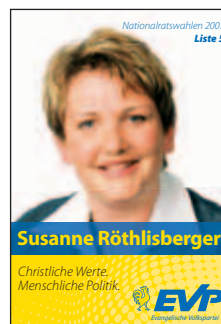
Die EVP gibt sich ein neues Corporate Design: vom Logo bis zu den Briefschaften wurde alles sanft aufgefrischt. Ziel ist ein möglichst einheitlicher Auftritt der Partei.

VON JOEL BLUNIER,
GENERALSEKRETÄR

Die EVP hat einen neuen grafischen Auftritt. Vor über einem Jahr hat das team5 – das aus kantonalen Vertretern zusammengesetzte Wahlkampfteam für die Nationalratswahlen 2007 – die Arbeiten in Angriff genommen. Dabei wurde letztlich die Firma Jordi AG in Belp mit der Erneuerung des Corporate Designs beauftragt. Die Farben Blau und Gelb sowie das Logo durften nicht bzw. nur leicht geändert werden. Die übrigen Elemente konnten neu gestaltet werden. Im Zentrum dieses Redesigns stand erstens die gesamtschweizerische Vereinheitlichung des EVP-Auftritts

und zweitens die digitale Bereitstellung unterschiedlicher Anwendungen für die einzelnen EVP-Sektionen. Die EVP sollte wieder in einem einheitlichen Kleid in der Öffentlichkeit erscheinen und auch wahrgenommen werden. Das ist angesichts der knappen Finanzen enorm wichtig. Der neue Auftritt stellt das EVP-Gelb wieder klar in den Vordergrund. Zusammen mit dem Weiss des Fotohintergrunds und den blauen Balken ergibt sich eine frische und unverwechselbare Komposition. Das Logo erscheint neu etwas leichter und wurde mit einer kursiven Schrift ergänzt. Der neue Slogan, welcher aus einer breiten Umfrage bei rund 1300 Personen hervorgegangen ist, heisst: Christliche Werte. Menschliche

Politik. Im Mai wird das Corporate Design Manual, ein Handbuch mit Anwendungshinweisen für Logo-Kombinationen, Plakate, Flyer, Inserate und Broschüren, veröffentlicht. Ab diesem Zeitpunkt gilt nun schweizweit nur noch der neue Auftritt. Aus Kostengründen werden aber vorhandene Drucksachen zuerst aufgebraucht und erst anschliessend dem neuen Corporate Design angepasst. Es ist nun zu hoffen, dass sich der neue grafische Auftritt der EVP auch auf die Wahrnehmung in der Wählerschaft niederschlägt.



Sechs Prozent würden EVP wählen

Gemäss der Umfrage von Iso-public und Sonntagsblick vom 27. Februar würden 6 Prozent der Stimmberechtigten die EVP wählen, wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahlen anstehen würden. Zur Erinnerung: Bei den Wahlen im Oktober 2003 kam die EVP schweizweit auf 2.3 Prozent der Stimmen.

Berner EVP will in die Regierung

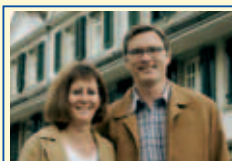
Die EVP des Kanton Berns hat beschlossen, dass sie sich mit einer eigenen Kandidatur an den Regierungsratswahlen vom 9. April 2006 beteiligen wird. Um die Wahlchancen zu erhöhen, wird die Berner EVP mit möglichen Listenpartnern das Gespräch suchen.

Publireportage

Seit Jahren der Ferienhit von Ihrem christlichen Reiseveranstalter ! Erlebnisferien am Meer

Ihr "Ferienwohl" ist uns wichtig: TOP-Programm für Familien, Singles, junge Erwachsene, Ehepaare jeden Alters & Teenager • Open-Air Teens Action • Erlebnisandachten

In der Schulferienzeit im Herbst 2005 in der Südtürkei, im schönen Hotel Mirage Park Resort****
in Kemer/Antalya an der türkischen Riviera! Abflüge: 1./8./15. Oktober für 1 oder 2 Wochen



GESUCHT...GEFUNDEN.... FERIEEN, DIE ES SONST NIRGENDS GIBT ! Ferien für total verschiedene Gäste: Kids, Teens, Youth, Singles, erholungssuchende Eltern und Senioren. Freiraum für Action- und Relaxangebote, viel Sporteinrichtungen zu Land und zu Wasser. Riesiger Park und viele Räume für Tages- & Abendveranstaltungen und für die bereits legendären Erlebnisgottesdienste am Vormittag.

Gefunden! Mit Freude stellen wir Ihnen das Hotel Mirage Park in der Südtürkei vor! Diese Anlage ist das, was wir uns erträumten. Und dies in einer Umgebung mit spannenden Ausflugs-, Freizeit- und Shoppingmöglichkeiten!

Unsere Leidenschaft! Im tollen Ferienrahmen Menschen aus allen Altersgruppen mit unserer Freude an einem lebendigen Gott anzustecken.

Bis bald? Acht Jahre Erlebnis- und Familienferien liegen hinter uns, das neunte steht bevor. Bis bald! Wir freuen uns auf ein Wiedersehen oder auf ein erstes Kennenlernen!

Bis Bald! Johannes und Erika Wirth mit Team & KULTOUR Ferienreisen AG

Prospekt & Infos bei: KULTOUR Ferienreisen AG Tel: 052 2351000 • info@kultour.ch • www.kultour.ch



TOP-Preise für Familien, Singles & Ehepaare !
- Familienpaket 2 Erw. + 2 Kinder = ab CHF 3598.-
- Erwachsene im Doppelzimmer = ab CHF 1198.-

Natelsmog bei SBB?

In einer zweiten Interpellation zeigt sich Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP, ZH) darüber besorgt, dass die SBB in ihren Intercity-Doppelstockwagen sogenannte «Repeater» eingebaut haben: Geräte, die zwar den Mobiltelefonempfang verbessern, aber eine hohe elektromagnetische Strahlung entwickeln. Aeschbacher möchte vom Bundesrat insbesondere wissen, ob es zutrifft, dass der SBB eine Ausnahme zugestanden wurde, wonach diese Geräte eine bis zu zehnfach so starke Strahlung abgeben dürfen, als dies normalerweise die Vorschriften zum Schutz der Gesundheit gestatten.

Bettagskonferenz 05

Am Samstag, 17. September 2005 findet im Stadttheater Olten die zweite EVP-Bettagskonferenz statt. Zum Thema «Armut – global und lokal betrachtet» sprechen u.a. Prof. Dr. Christoph Stükelberger, Robert Roth, Markus Meury und Heiner Studer. Reservieren Sie sich dieses Datum bereits heute. Weitere Informationen folgen in Kürze.

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 12. Jahrgang, Nummer 2, Mai 2005

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr.

Herausgeber und Redaktion:
EVP der Schweiz, Joel Blunier

Adressen- und Aboverwaltung:
EVP der Schweiz, Werner Rieder

EVP der Schweiz:
Postfach 7334, 8023 Zürich
Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37
info@evppev.ch / www.evppev.ch

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier (Chefredaktion), Johannes Corrodi, Therese Dietiker, Niklaus Hari (Redaktion), Markus Meury, Daniela Schenk, Eric Schenk, Sibylle Schlatter, Heiner Studer.

Druck und Vertrieb:
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

Copyright:
Wiedergabe nur mit Genehmigung der Redaktion

ERFOLGE IM AARGAU

Trotz der Verkleinerung des Rates konnte die EVP im Aargau sieben von acht Grossratsmandaten halten. Sie steigerte ihren Wähleranteil auf nahezu sechs Prozent.

VON THERESE DIETIKER, SEKRETÄRIN DER EVP KANTON AARGAU

Noch nie waren die Wahlen so früh im Gespräch: die Verkleinerung des Grossen Rates von 200 auf 140 Sitze bedingte ein neues Wahlgesetz. Nach langem Hin und Her blieb es aber beim leicht veränderten, alten Gesetz, was Grüne und Kleinstparteien zu einer Klage am Bundesgericht veranlasste. Dieses erklärte das Wahlgesetz als verfassungswidrig: Nun muss der Aargau nach den Wahlen nochmals über die Bücher.

6000 Rüeblibrötchen

Die Aargauer EVP zog mit dem Slogan «Wertvoller Aargau – wert-

volle Politik» in den Wahlkampf. Damit verdeutlichte sie, dass sie zum einen zu ihren christlichen Werten steht, dass ihr zum anderen der in der Schweiz wenig wahrgenommene Aargau etwas bedeutet.

Um die acht Mandate der EVP im verkleinerten Grossen Rat halten zu können, musste der Wähleranteil in diversen Bezirken erhöht werden. Zu diesem Zweck haben die Bezirksparteien versucht, möglichst volle Listen zu präsentieren. An Bahnhöfen, in Fussgängerzonen oder vor Einkaufszentren hat die Aargauer EVP im Wahlkampf gegen 6000 Rüeblibrötchen verteilt, was auf gutes Echo stiess.

Am 27. Februar wurden schliesslich sieben der acht EVP-Vertreter

wieder gewählt: Roland Bialek, Lilian Studer, Samuel Richner, Johanna Haber, Esther Gebhard, Hans Bürge und Martin Bhend. *jev-Vorstandsmitglied Brigitte Müller-Kaderli schaffte den Sprung ins verkleinerte Parlament leider nicht mehr. Angesichts der Steigerung des Wähleranteils der EVP im ganzen Kanton von 4.9 Prozent im 2001 (bei 4.3 Prozent im 1997) auf 5.97 Prozent beim diesjährigen Wahlgang darf die EVP aber zufrieden sein. Im Bezirk Zofingen nahm der Wähleranteil sogar um über 5 Prozent auf 14.12 Prozent zu, was sicherlich auf den guten Regierungsratswahlkampf von Hans Bürge zurückzuführen ist.

Einsatz für ein faires Gesetz

Damit sind die Grossratswahlen nicht vom Tisch: Die EVP will sich für ein faires Wahlgesetz engagieren, damit kleine Parteien auch in Zukunft kantonale Politik machen können.

WAHLEN SOLOTHURN

SITZGEWINN IN OLTEN

Zum ersten Mal seit 15 Jahren nimmt die EVP Solothurn an den Kantonsratswahlen teil. Gewählt wird René Steiner.

VON ERIC SCHENK, PRÄSIDENT DER EVP KANTON SOLOTHURN

Nach 15 Jahren in der Versenkung wurde die Solothurner EVP auf die Nationalratswahlen 2003 hin neu belebt. Nachdem die EVP bereits im Mai des letzten Jahres zu ihrem ersten Sitz im Kantonsrat kam (SVP-Kantonsrat Mike Vökt wechselte zur EVP), trat sie im Februar dieses Jahres in drei von fünf Amteien zu den kantonalen Wahlen an. Dabei konnte die EVP Solothurn das neue Corporate Design der EVP im Sinn eines Testlaufs bereits anwenden.

Die Wahlen wurden für die EVP zum Erfolg: Sie konnte die Wähleranteile gegenüber den Nationalratswahlen in den Amteien Thal-Gäu und Solothurn-Lebern verdoppeln (neu 1.9 beziehungsweise 2.5 Pro-

zent); in der Amtei Olten-Gösgen konnte der Wähleranteil immerhin um die Hälfte auf 3 Prozent gesteigert werden, was René Steiner, Pastor der Vineyard Olten, zur Wahl in den Kantonsrat reichte.

Der frischgebackene Kantonsrat Steiner setzt die Zusammenarbeit mit der CVP aus den Wahlen fort (Listenverbindungen in allen Amteien) und tritt im Rat der CVP-Fraktion bei. Diese erhielt dank der EVP vier zusätzliche Kommissionsitze und liess dafür im Gegenzug Steiner seine Kommission aussuchen. Er entschied sich für die Sozial- und Gesundheitskommission aus der Überzeugung, dass die EVP ihre christlichen Grundwerte bei den dort behandelten Themen am Besten einbringen kann.

Auch bei den Parlaments-



Wahlfeier in Olten: Kantonsrat René Steiner kann sein Glück noch gar nicht richtig fassen.

wahlen vom 24. April 2005 in der Stadt Olten gehörte die EVP zu den Gewinnern. Sie erreichte auf Anhieb 3.3% Wähleranteil. Gewählt wurde der 34-jährige Theologe Stephan Hodonou.

A.Z.B.
8023 Zürich

Adressberichtigung melden

Bilder: Publix, Niklaus Harr/Montage: akzente



FINANZIEREN SIE DIESE PLAKATSTELLE!

(nh). Der 5. Juni rückt näher und näher: an diesem Datum will die EVP der Schweiz die Abstimmung gegen das Partnerschaftsgesetz gewinnen! Unser Bild zeigt die drei Plakatsujets, welche die Lysser Agentur Publix für das Abstimmungskomitee «Nein zum Partnerschaftsgesetz» gestaltet hat, aufgeklebt haben wir die Plakate mit elektronischem Kleister im Zürcher Hauptbahnhof. Damit die Werbe-

kampagne tatsächlich schweizweit wahrnehmbar wird, sind wir auf ihre Unterstützung angewiesen. Der Aushang der obigen Fotomontage als echtes Plakat während vierzehn Tagen kostet 238.60 Franken. Übernehmen Sie diesen Betrag mit Ihrer Spende auf das Postcheckkonto 80-38232-2, Vermerk «Partnerschaftsgesetz»! Oder finanzieren Sie ein Inserat in einer Regionalzeitung, 3-spaltig, 120 Millimeter hoch: 144

Franken. Oder die Verteilung von Flyern an 1000 Haushaltungen: 100 Franken. Ein Inserat in einer Lokalzeitung, 2-spaltig, 85 Millimeter hoch, kostet Sie 62 Franken. Möchten Sie selber 50 von 15000 Kleinplakaten (A3) aufhängen oder 10 von 10000 Flyern verteilen? Bestellen Sie das entsprechende Werbematerial noch heute unter: www.nein-zum-partnerschaftsgesetz.ch.

RESOLUTION – ZUM UMGANG MIT DEM ISLAM IN DER SCHWEIZ

1. DIE SCHWEIZ IST DURCH EINE CHRISTLICHE TRADITION GEPRÄGT

Das Kreuz im Schweizer Wappen, die Landes- und Freikirchen sowie die Präambel der Bundesverfassung geben davon Zeugnis. Darum sind christliche Symbole in öffentlichen Gebäuden zu respektieren.

2. DIE WERTORDNUNG UNSERES LANDES IST IM CHRISTENTUM VERWURZELT

Werte wie Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, gegenseitiger Respekt, Versöhnung und Menschenwürde gehören zur christlichen Tradition. Sie bilden aus unserer Sicht die Grundlage unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, aber auch unserer Wirtschaftsordnung.

3. DIE GLAUBENSFREIHEIT IST UNANTASTBAR

Jede Religionsgemeinschaft darf ihren Glauben ungehindert ausüben, sofern sie dabei nicht gegen die Grundsätze von Verfassung und Gesetz verstösst. Jede Person hat das Recht, ihre Religion frei zu wählen, aber auch ohne Diskriminierung zu wechseln.

4. TOLERANZ BERUHT AUF GEGENSEITIGKEIT

In der Schweiz geniessen die Muslime wie alle anderen Glaubensgemeinschaften die in der Bundesverfassung garantierte Religionsfreiheit. Wir erwarten, dass sich der

Bundesrat dafür einsetzt, dass dieses Recht auch den Christen in islamischen Ländern zugestanden wird.

5. KULTURELLE VIELFALT UND RELIGIONSUNTERRICHT

Auf der Primarschulstufe ist christlicher Religionsunterricht anzubieten. Christliche Feste und christliches Liedgut gehören auch in den ordentlichen Schulunterricht. Die Auseinandersetzung mit anderen Religionen gehört in den Lehrplan der Oberstufe (Sekundarstufe 1).

6. INTEGRATION VERLANGT GEMEINSAME WERTE

Wer in der Schweiz leben will, muss die Toleranz gegenüber Andersgläubigen und die Gleichwertigkeit der Geschlechter respektieren. Wir lehnen ein generelles Kopftuchverbot ab. Begründete Kleidervorschriften in privaten und öffentlichen Institutionen bleiben vorbehalten.

7. IMAM-AUSBILDUNG IST KEINE STAATSAUFGABE

Im Rahmen der Religionsfreiheit können muslimische Gemeinschaften auf privater Basis Imame ausbilden, welche sich mit der Tradition unseres Landes vertraut machen müssen. Aufforderungen zur Gewaltanwendung werden nicht toleriert.

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz vom 30.4.2005 in Frauenfeld.